

JA



Christine Hoffmann, ist Generalsekretärin der deutschen Sektion von Pax Christi

Die deutsche Rüstungsexportpraxis ist undemokratisch, gegen den Willen der Bevölkerung und gießt Öl ins Feuer bestehender Konflikte. Das muss ein Ende haben. Deshalb kämpfe ich mit vielen Organisationen

und Gruppen aus Friedensbewegung und Entwicklungsarbeit gegen den Export von Terror und Gewalt made in Germany! Rüstungsgüter sind keine neutralen Waren und dürfen nicht länger unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsförderung behandelt werden. Friedensethisch gesehen sind Rüstungsexporte zu behandeln wie die Androhung von Gewalt. Dieser gesellschaftliche Konsens gehört ins Grundgesetz!



Sevim Dagdelen, 36, Sprecherin für Internationale Beziehungen der Linkspartei

In Kürze wird in New York über ein neues Kontrollregime über den internationalen Waffenhandel verhandelt. Ich bin allerdings skeptisch. Waffenlieferungen sind zu einem immer wichtigeren Instrument der Kriegsführung gerade der Nato-Staaten geworden. So hat etwa Frankreich

Waffen über Libyen abgeworfen, um die Aufständischen aufzurüsten. Ähnliches geschieht nun durch die Türkei und Saudi-Arabien in Syrien. Außerdem ist der Rüstungsexport ein Nebenprodukt eigener Aufrüstung. Stichwort: europäischer Rüstungsmarkt als Voraussetzung für eine europäische Armee. Der einzige Weg zur Eindämmung des Handels wäre konsequente Abrüstung zu Hause. Das geht aber kaum mit der Nato-Mitgliedschaft und der EU-Militarisierung.



Hüseyin Inan, 41, geboren in Nordkurdistan, ist freier Journalist und Aktivist

Schon in den Neunzigerjahren wurden Waffen aus Beständen der Nationalen Volksarmee von Deutschland an die Türkei geliefert, die damals bis zu 4.000 kurdische Dörfer zerstört hat. Bis zu zwei Millionen Menschen haben

ihre Heimat verloren. Deutsche Panzer spielen in Nordkurdistan auch bei Einsätzen gegen die Zivilbevölkerung eine entscheidende Rolle, etwa wenn das Neujahrsfest von bewaffneten Militärs begleitet wird. Da die Türkei Nato-Mitglied ist, wird ihr Vorgehen kaum hinterfragt. Deutschland muss seinen Waffenhandel in alle Länder stoppen. Damit werden Menschenrechtsverletzungen unterstützt, nicht nur in der Türkei.



Jürgen Grässlin, 55, „Aktion Aufschrei“, Träger des Aachener Friedenspreises

Deutschland ist Europameister beim Handel mit Waffen und Rüstungsgütern. Ungebrochen werden willfähige Diktaturen mit deutschen Waffen und Lizenzen zum Nachbau stabilisiert. Jüngstes Beispiel: die Lizenzvergabe für das Sturmge-

wehr G36 und der geplante Export von Leopard-2-Kampfpanzern an das diktatorische Königshaus in Saudi-Arabien. Durch den Einsatz deutscher Waffen starben bereits über 1,5 Millionen Menschen, weitaus mehr sind traumatisiert. Über 100 Organisationen bilden deshalb die Kampagne: „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ Wir fordern eine Grundgesetzergänzung in Artikel 26 zum Stopp des Waffenhandels.

DIE SONNTAZ FRAGE

Rüstungsexporte stoppen?

SKRUPEL Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur der Welt, 80.000 Menschen arbeiten in der Rüstungsindustrie



opentaz frage

Der Wunsch: Peter Grottian, emeritierter Professor für Staatsforschung und neue soziale Bewegungen an der FU Berlin, schrieb folgende Anregung an die sonntaz: Ist nicht jetzt, nach dem Atomausstieg, der Waffenhandel das große Thema, das die taz-Leser diskutieren sollten? Wir fanden, er hat recht.

Der Weg: Senden Sie Ihre Anregung an open@taz.de oder mit der Post an taz, die tageszeitung, Sebastian Heiser, Rudi-Dutschke-Straße 23, 10969 Berlin. Die nächste sonntaz-Frage wird ab Dienstag wieder vorab online zur Diskussion gestellt. taz.de/streit

Fotos: David Ewing/mm images/imagio (groß, Montage), privat (3), Die Linke, Beate Knappe, AP, Annette Rausch. Betreuung der Gastautoren: Sahar Nadi, Karen Grass, Sebastian Heiser

NEIN



Georg Adamowitsch, 64, Verband Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Was der Diskussion guttäte, wäre die Feststellung, dass Deutschland keinen Rüstungshandel betreibt, sondern die Genehmigung von Rüstungsexporten einer strengen einzelfallbezogenen Genehmigungspraxis durch die Bundesregierung auf Grundlage rechtlicher Regelungen unterliegt. Die Bundesregierung wägt bei ihren Entscheidungen immer außen- und sicherheitspolitische Belange ab und prüft mögliche Menschen-

rechtsverletzungen in den Empfängerländern gründlich. Das ist gut so und soll aus meiner Sicht auch so bleiben. Ich halte es mit der Feststellung des Bundespräsidenten, dass militärische Gewalt sinnvoll sein könne, „um ihrerseits Gewalt zu überwinden oder zu unterbinden“. Das erfordert in manchen Situationen auch militärische Einsätze im Rahmen unserer europäischen und weltweiten Verantwortung gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern. Und die Praxis zeigt, dass die Länder, für die Exporte durch die Bundesregierung genehmigt werden, doch überwiegend EU- oder Nato-Mitgliedsländer und keine Problemstaaten sind.



Edelgard Bulmahn, 61, sitzt für die SPD im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages

Die rot-grüne Bundesregierung hat im Jahr 2000 restriktive Grundsätze für den Waffen- und Rüstungsexport erarbeitet. Rüstungsexporte sind seitdem weiterhin uneingeschränkt in Nato-Mitgliedsländer möglich, in andere Länder aber nur nach einer Einzelfallprüfung. Ein generelles Verbot von Rüstungsexporten trägt dieser wichtigen Unterscheidung nicht Rechnung. Wenn aber Deutschland der drittgrößte Waffenexporteur weltweit ist, dann ist eine kriti-

sche und restriktivere Genehmigungspraxis notwendig. Rüstungsexporte zu begrenzen und zu kontrollieren, ist ein unmittelbarer Beitrag zu Friedenssicherung und Konfliktprävention. Entscheidungen über Rüstungsexporte hinter verschlossenen Türen im Bundessicherheitsrat zu fällen und das Parlament ein oder zwei Jahre später zu informieren, ist mit den Grundsätzen einer offenen Demokratie nicht vereinbar. Wir brauchen mehr Transparenz, eine stärkere parlamentarische Kontrolle und klare internationale Vereinbarungen. Rüstungsexporte so stärker zu beschränken, bedeutete in vielen Fällen, Sicherheit und Menschenleben zu schützen.



Uwe Roos, 46, psychologischer Berater und Journalist, kommentierte die Frage online

Rüstungsexporte zu stoppen oder gar zu verbieten, ist ethisch und moralisch ein humanes Gebot, aber letzten Endes nicht mehr als ein frommer Wunsch im Hinblick auf eine geläuterte Menschheit. Im Hier und Heute spricht die Realität eine andere Sprache. Solange große Teile der Menschheit ihre politischen, wirtschaftlichen, ethnisch-kulturellen und religiösen Konflikte

nur mit Waffengewalt ausfechten und Gewalt und Terror als legitimes, weil einziges Mittel verstehen, wird es Rüstungsgüter, Produzenten und Abnehmer geben. Deutschland ist ein Global Player auf diesem rasant wachsenden Markt. Da sind Forderungen nach Beschränkungen und (öffentlichen) Kontrollen bloß Politikersprech und öffentliche Beruhigung. Zumal den ordinären Wähler dieses Thema, wenn überhaupt, nur marginal tangiert. Und dann auch nur, wenn es im Kontext von Wirtschaftswachstum, Wohlstand und zu sichernden Arbeitsplätzen platziert wird.

VOM WORT ZUR TAT

Sie geben dem Journalismus Zukunft

Die 180 jungen Talente, die sich in der taz Akademie bisher fortgebildet haben. In 2012 finden vier Workshops statt.

Die vielen HeldInnen des Alltags, die der taz Panter Preis ehrt, weil sie mit ihren Initiativen die Gesellschaft ein Stück menschlicher machen.

Die 2000 StifterInnen & SpenderInnen, die mit ihrem Spendengeld die Stiftung arbeitsfähig gemacht haben.

Jetzt spenden und die Projekte unterstützen!

taz.panterstiftung **Spendenkonto:**

➔ Weitere Infos unter: www.taz.de/stiftung
Telefon | 030 - 25 90 22 13

➔ taz Panter Stiftung
GLS Bank Bochum
Bankleitzahl 430 609 67
Konto-Nr. 11 03 71 59 00

AUS DER taz

VEREIN 48 Fördermitglieder unterstützen Recherchen Im Auslandseinsatz

klusiven taz-Themen finanziert werden wollen. Um die zu ermöglichen, gibt es seit März 2011 einen Recherchefonds.

Interessierte können den Fonds mit Einzelspenden unterstützen – oder als Fördermitglieder Jahresbeiträge zahlen. 48 Fördermitglieder gibt es inzwischen, mit deren Hilfe knapp 6.000 Euro gesammelt werden konnten. Sechzehn einzelne Spenden brachten dem Fonds bislang außerdem 2.500 Euro. Wofür wie viel ausgegeben wird, entscheidet der Vorstand des Vereins, bestehend aus taz-Chefredakteurin Ines Pohl, dem Leiter des Auslandsressorts Dominic Johnson und Auslandsredakteur Bernd Pickert.

Und was zeigt sich davon im Blatt? Simone Schindwein und ihr Fotograf Yannick Tylle trafen im Kongo Frauen, die von der ruandischen Hutu-Miliz FDLR vergewaltigt worden waren, und produzierten Videos für taz.de. Gerhard Dilger besuchte für eine *Ganze Geschichte* der sonntaz den Seemann im Rollstuhl, der gegen Thyssen-Krupps Stahlwerk in Brasilien kämpft. Marie-Claude Bianco und Ambros Waibel flogen für die sonntaz nach Sardinien, wo ein Staatsan-

walt gegen Waffentests auf der Urlaubsinsel vorgeht. Anett Keller ging für eine Reportage in Indonesien der Politik zur Rettung des Regenwaldes nach. Und vieles andere mehr.

Jeder Beitrag zum Recherchefonds trägt zur journalistischen Unabhängigkeit bei. Danke für Ihren!

ANNABELLE SEUBERT

➔ **Recherchefonds Ausland e.V.**
Berliner Sparkasse
BLZ 100 500 00
Konto 6604107025

➔ **Im Netz:** www.taz.de/fonds